**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 31 (1952)
**Heft:** 10

**Artikel:** Das Problem der Gewalt
**Autor:** Jordi, Hugo
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-336664

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

möglich, einen Ausflug ans Meer zu machen (von Verwandtenbesuchen nach Nachbarorten ganz zu schweigen!). Derartige Tyrannei hat zu tiefgehenden Mißstimmungen geführt.

Dennoch ist der Drang zum Aufbau weit stärker. Wer das Land besucht, bemerkt seine Früchte überall. Die Städte haben sich seit 1936 verdoppelt und verdreifacht — mit modernsten hygienischen Wohnhäusern. Natanja, damals nur drei Jahre alt, ist heute ein bemerkenswertes Industrie- und Touristenzentrum. Riesige, einst öde Landstriche wurden urbar gemacht. Da reiht sich Dorf an Dorf, Siedlung an Siedlung. Mancherorten erschrecken noch die häßlichen Profile der Maabarot (Einwandererlager). Aber das um sie herum Geschaffene berechtigt zu Hoffnungen.

Während einer Zweitagereise durch die Negewwüste — man untersucht sie jetzt auf ihre Bodenschätze hin — beobachtete ich, wie auch hier das Leben sich durchsetzt. Optimisten wollen trotz allen Schwierigkeiten in diesem Lande noch weitere drei bis vier Millionen Juden unterbringen. Das klingt phantastisch. Wir stellten aber bereits fest: Wer in diesem Lande nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.

*(Copyright by A. J. Fischer)*

HUGO JORDI

# *Das Problem der Gewalt*

Die Darlegungen des Genossen Brügel, erschienen unter obigem Titel in der «Roten Revue» vom Juli, erheischen eine Richtigstellung. Brügel schreibt:

> «Jordi verfällt einem verbreiteten Irrtum, wenn er der Meinung Ausdruck gibt, daß das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie die Formulierung enthält: demokratisch, solange wir können, diktatorisch, sobald man uns zwingt. Das steht nicht in dem Programm, und darum kann auch Jordis Interpretation nicht richtig sein.»

Der Satz: «Demokratisch, solange wir können, diktatorisch, sobald man uns zwingt», steht allerdings *nicht wörtlich* genau so im Linzer Programm, wohl aber *vollkommen dem Sinne nach.* Was ich für den Wortlaut dieses Programms hielt, war die von Otto Bauer oft gebrauchte, geflügelte Interpretation des Linzer Programms.

Im Linzer Programm heißt es — genau dem Sinne meiner Darlegungen entsprechend:

> «Wenn es einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im *Bürgerkrieg* erobern.» (III. Abschnitt, «Der Kampf um die Staatsgewalt», Punkt 2, Abschnitt 5.)

«Wenn sich die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse *gezwungen,* den Widerstand der Bourgeoisie *mit den Mitteln der Diktatur* zu brechen.» (III. Abschnitt, Punkt 3, Abschnitt 1.)

Das ist genau in dem Sinne gesprochen, wie ich es angegeben habe an der Stelle, welche Brügel kritisiert: «Das hieß so viel, daß man im gegebenen Falle gewillt sei, zur revolutionären bewaffneten Aktion zu schreiten und selbst vor der Errichtung der Diktatur nicht zurückzuschrecken.»

Das war im Jahre 1926, das heißt vor den Februarkämpfen des Jahres 1934.

Welche Stellung aber nahm Otto Bauer nach diesen Kämpfen ein? In seinem 1936 erschienenen Buche «*Zwischen zwei Weltkriegen?*» schreibt er Seite 257:

«Sobald der Faschismus in Mitteleuropa gesiegt hat, ist das Proletariat in eine neue Lage versetzt. Da es aller gesetzlichen Kampfmittel beraubt ist, kann es seinen Kampf nur noch mit revolutionären Mitteln fortsetzen... Sein Kampfziel ist nicht mehr die bürgerliche, sondern die sozialistische Demokratie, deren Voraussetzungen erst durch eine vorübergehende Diktatur des Proletariates hergestellt werden müssen.»

Und um zu zeigen, wie bitter ernst es ihm mit dieser Diktatur des Proletariates ist, fährt Bauer unmittelbar fort:

«Da ihm (dem Proletariat) der Faschismus gezeigt hat, wie eine Klasse ihren Sieg zur völligen Niederwerfung der besiegten Klasse ausnützt, wird es dieses Beispiel nachzuahmen suchen, wenn es selbst den Sieg erkämpft.»

«So entsteht auf der Basis des Faschismus der revolutionäre Sozialismus von neuem», schreibt Otto Bauer und fügt bei: «auf der Basis der Erfahrungen der großen Russischen Revolution.»

In seinem letzten Werke, «*Die illegale Partei*», herausgegeben von Friedrich Adler, schreibt Otto Bauer Seite 308:

«In den der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien der faschistischen Länder entwickelt sich ein neuer revolutionärer Sozialismus, der die Einheitsfront mit den Kommunisten fordert, die Diktatur des Proletariates als eine notwendige Etappe auf dem Wege zu einer sozialistischen Demokratie erkennt und auf die gewaltige soziale Umwälzung in der Sowjetunion seine größten Hoffnungen setzt.»

Seite 309 ironisiert Otto Bauer den Gedanken, «den Weg der Demokratie als den für alle Länder, alle Zeiten, alle Umstände einzig zulässigen zu erklären».

Weiter heißt es:

«Der Sozialist weiß, daß nur die Diktatur des Proletariates, nicht aber die Reformarbeit der bürgerlichen Demokratie die Arbeiterklasse von der Ausbeutung befreien kann.» (S. 322.)

Dann proklamiert Otto Bauer:

«... die Erkenntnis, daß nicht die Flickarbeit an der kapitalistischen Gesellschaft, sondern nur ihre Überwindung, nur die proletarische Revolution und die aus ihr hervorgehende Diktatur des Proletariates die Menschheit retten kann.» (S. 324.)

«Das Linzer Programm (1926) stellte der Partei die Aufgabe, mit den Mitteln der Demokratie die Staatsmacht zu erobern. Aber es fügte hinzu: Wenn sich die im Kampfe auf dem demokratischen Boden unterlegene Bourgeoisie widersetzen werde, dann werde die Arbeiterklasse gezwungen sein, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen. Und dieser theoretischen Erkenntnis entsprach auch die Praxis der Partei: ging sie den Weg der Demokratie, so stellte sie doch zugleich den wehrhaften *Republikanischen Schutzbund* auf.» (S. 341.)

«Die revolutionären Sozialisten bauen eine illegale revolutionäre Partei auf. Selbstverständlich knüpfen sie dabei an die Erfahrungen, die Lehren, das Vorbild der ruhmreichsten und sieghaftesten unter allen illegalen, revolutionären Parteien, der russischen Bolschewiki an.» (S. 343.)

Diese Haltung von Otto Bauer ist übrigens bei eingehender Überlegung nicht so erstaunlich, wie sie im ersten Augenblick erscheinen mag.

Er konnte angesichts der faschistischen Unterdrückung in Italien, Deutschland, Oesterreich usw. — *von der er nicht wußte, wie lange sie dauern werde* — unmöglich verzichten auf die Idee des revolutionären Kampfes gegen diese Domination. Das hätte geheißen, Demokratie und Sozialismus sozusagen auf ewige Zeiten begraben.

In der Epoche Otto Bauers war — gerade in Österreich — ein demokratischer Sozialismus gar nicht möglich, weder 1926, zur Zeit des Linzer Programms, noch nach den Februarkämpfen 1934.

*Der Faschismus mußte erst fallen und die Demokratie zu neuer, größerer Kraft erwachsen.*

Ich kann daher mit Recht auf dem beharren, was ich im Schriftchen «Demokratischer Sozialismus» dargelegt habe, daß nämlich zur Begründung des demokratischen Sozialismus eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllt sein müssen, welche erst im Gefolge des Ersten und des Zweiten Weltkrieges geschaffen worden sind:

«*Erstens* die vollständigere Entfaltung der Demokratie in der Mehrzahl der europäischen Länder im Gefolge des Ersten Weltkrieges. *Zweitens* die fast völlige Verdrängung der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterbewegung des Westens unter dem anhaltenden Einfluß der demokratischen Institutionen. *Drittens* die Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus, welche aufs neue offenbarten, wie unmöglich es für die Arbeiterschaft ist, sich mit dem Klassengegner mit den Waffen in der Hand zu messen. *Viertens* die deprimierenden Erfahrungen mit der sogenannten Diktatur des Proletariates in Rußland. *Fünftens* die Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg, welche klarmachte, daß die Ausbreitung der Demokratie ihre tiefen Wurzeln hat in den Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung im allgemeinen und in jenen der kapitalistischen Epoche im besondern.»

Dieser fünfte ist der wichtigste aller Punkte, jener, der die Perspektiven und Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes gegen den siegreichen Faschismus — wie Otto Bauer sie sah und formulierte — erst überflüssig macht und außer Rechnung setzt.

FRITZ BAUMANN

# *Probleme der Invalidenversicherung*

Wir möchten, daß endlich auch die Schweiz zu einer Invalidenversicherung komme. Stoßen wir aber vom fordernden Schlagwort vor ins Gebiet der praktischen Planung, so zeigt sich eine Menge schwerwiegender Probleme, die hier kurz skizziert werden sollen in der Meinung, daß darüber diskutiert werde und daß die Auffassungen sich dadurch klären.

Die ideale Lösung der Invalidenversicherung läge vor, wenn alle Folgen jeder Invalidität, so gut es der Natur der Sache nach möglich ist, ausgeglichen würden. Das würde bedeuten, daß durch besondere Schulung und Umschulung die Invaliden ins Wirtschaftsleben eingegliedert respektive wiedereingegliedert würden, so ihren Lebensunterhalt selbst verdienen könnten und auch vom seelischen Druck der Invalidität befreit würden. Soweit eine Eingliederung ins Wirtschaftsleben nicht möglich wäre, müßten den Invaliden angemessene Renten zur wirtschaftlichen Sicherung ihres Lebens gewährt werden.

Aber diese ideale Invalidenversicherung wird sich nicht verwirklichen lassen, im wesentlichen aus zwei Gründen. Einmal würde sie mehr Geldmittel beanspruchen als heute zu beschaffen sind. Zum andern würde die ideale Invalidenversicherung auch ideale Menschen voraussetzen. Das Versprechen des Gesetzes, jede Invalidität voll auszugleichen, würde den persönlichen Ansporn zur Überwindung der Invaliditätsfolgen lähmen und zu dem führen, was heute schon als Versicherungsmißbrauch bezeichnet wird. Sprechen somit triftige praktische Gründe für eine eingeschränkte Invalidenversicherung, so ist zu untersuchen, wo Einschränkungen zulässig und möglich sind.

Keine Einschränkungen sollen Platz greifen, wo es um die Eingliederung oder Wiedereingliederung Invalider ins Wirtschaftsleben geht. Es soll alles getan werden, um allen bildungsfähigen Invaliden eine angemessene Schulung — gegebenenfalls inklusive Hochschulstudium — zu sichern. Das ist vorab ein ethisches Postulat, welches zu erfüllen die Gesunden den Invaliden schuldig sind. Es ist aber auch ein Postulat nüchterner Rechnung: Seine Erfüllung wird sich lohnen, weil Renten und Fürsorgeleistungen in sehr erheblichem Maße eingespart werden können, wenn Invalide ihr Leben wieder